

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Niklaus Mürner): Bitte um Antwort und nicht wiederholte Weigerung der Fragen betr. Gefälligkeitsmandate

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. An welche Parteien (nicht Personen) wurden Mandate in Direktionen und Verwaltungsräten in von der Stadt Bern dominierten Unternehmen oder Foren vergeben?
2. Wie viele Mandate wurden jeweils an die SP, GFL, GLP, FDP, Mitte und SVP vergeben?

Begründung

Referenziert wird die Antwort auf die Kleine Anfrage [2024.SR.0294](#). Es ist eines Gemeinderates unwürdig, das Fragerecht des Stadtrats unbegründet zu verweigern, indem sachfremde Aspekte beleuchtet, dafür die Frage ausgeblendet wird. Die PISA-Studie sollte der Gemeinderat nicht zusätzlich bestätigen. Die Demokratie darf nicht untergraben werden. Die Verteilung auf die Parteien ist auch auf den referenzierten Links nicht abgebildet. Es wird vermutet, dass der Gemeinderat nach Gefälligkeiten urteilt und daher die SVP ausschliesst. Transparenz könnte diese Vermutung widerlegen. Dem Gemeinderat wird erneut die Möglichkeit zur Klärung angeboten. Für präzise und klärende Antworten danken die Einreichenden.

Bern, 14. November 2024

Erstunterzeichnende: Niklaus Mürner

Mitunterzeichnende: Bernhard Hess, Thomas Glauser, Daniel Michel

Antwort des Gemeinderats

Nach Rückfrage beim Fragesteller geht es um Mandate in sämtlichen Institutionen, in welche die Stadt Vertretungen entsendet, wie bspw. in Verwaltungsräte.

Die Suche und Rekrutierung von geeigneten Personen sowohl für interne Stellen als auch Mandate erfolgt gestützt auf ein klar definiertes Anforderungsprofil (fachliche Fähigkeiten). Die Parteizugehörigkeit ist kein Kriterium und wird im Bewerbungsprozess nicht erfragt.

Zu Frage 1 und 2:

Da die Parteizugehörigkeit bei der Mandatierung von städtischen Vertretungen kein Kriterium ist, kann der Gemeinderat diese Fragen nicht beantworten. Eine Parteizugehörigkeit muss von denjenigen, die sich für ein Mandat interessieren, im Bewerbungsprozess nicht offengelegt werden.

Bern, 4. Dezember 2024

Der Gemeinderat